



Antrag

der Fraktion der SPD

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Solidarische Akzente setzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedensprojekt und das Fundament unseres Wohlstands.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 ist Möglichkeit und Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein, einen nachdrücklichen Beitrag für ein geeintes und solidarisches Europa zu leisten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 insbesondere dafür einzusetzen, dass

- in der **Steuerpolitik** mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer begonnen und eine Mindestbesteuerung für internationale Konzerne eingeführt sowie Steuerhinterziehung europaweit bekämpft wird;
- in der **Sozial- und Arbeitsmarktpolitik** ein europaweiter Mindestlohn eingeführt und die Mobilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dadurch verbessert wird, dass u.a. die erforderlichen Bescheinigungen für kurzfristige Dienst- und Geschäftsreisen aufgehoben werden (A1-Bescheinigung);
- in der **Klimaschutzpolitik** ein Europäisches Investitionsprogramm (European Green Deal) umgesetzt sowie die Förderung in der Landwirtschaft stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet wird und dabei die Chancen der Digitalisierung genutzt werden;

- in der **Flüchtlings- und Migrationspolitik** die Europäische Union ihrer humanitären Verantwortung gerecht wird und zugleich Fluchtursachen bekämpft und Migration besser geordnet und gesteuert wird.
- in der **Ostseepolitik** die Ostseeregion als wissens- und innovationsorientierte, wohlhabende und wettbewerbsfähige Region mit gewachsenen Kooperationsstrukturen auf allen Ebenen auch unter Einbeziehung Russlands weiterentwickelt wird;

Begründung

In der zweiten Jahreshälfte 2020 wird die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Das Land Schleswig-Holstein ist in besonderer Weise auf faire Wettbewerbsbedingungen und eine verantwortungsvolle Klimapolitik angewiesen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte daher dazu genutzt werden, entsprechend solidarische Akzente zu setzen.

Dazu zählen faire Arbeitsbedingungen, die ihren Ausdruck unter anderem in einem europäischen Mindestlohn finden. Durch die Aufhebung der erforderlichen sog. „A1-Bescheinigung“ im Rahmen der Revision der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird die Mobilität der ArbeitnehmerInnen verbessert. Eine Mindestbesteuerung internationaler Konzerne wirkt Steuerungerechtigkeit und Wettbewerbsnachteilen der hier angesiedelten Betriebe und Unternehmen entgegen. Eine Neuausrichtung der Förderung in der Landwirtschaft und insbesondere eine Stärkung der „zweiten Säule“ kommen den ländlichen Räumen zugute. Als Land zwischen den Meeren ist es für Schleswig-Holstein essentiell, dem Klimawandel und einem Anstieg der Meeresspiegel energisch entgegenzuwirken.

Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft, in der hilfebedürftige Menschen nicht alleine gelassen werden dürfen. Die Bereitschaft für die Aufnahme von Geflüchteten zu zeigen ist ebenso wichtig, wie zu einem solidarischen Verteilungssystem unter den Mitgliedstaaten zu kommen und die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Ostseepolitik ist für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Die Ostseeregion ist die erste Makroregion auf EU-Ebene, für die die EU eine eigene Strategie entwickelt hat, die weiter konsequent umgesetzt werden und neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Die Ratspräsidentschaft soll auch dazu genutzt werden, über die Strukturen der Ostseekooperation im konstruktiven Dialog mit Russland zu bleiben.

Regina Poersch
und Fraktion